

Inhaltsverzeichnis

1. Bundesbeamte im Austauschprogramm	
2. Lobbyisten in Ministerien	
3. BDI	
4. BMW	
5. DaimlerChrysler	
6. Siemens	

Bundesbeamte im Austauschprogramm

Im Rahmen des Personalaustauschprogramms gab es für Bundesbeamten die Möglichkeit in Unternehmen oder Verbänden zu arbeiten. Die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Grünen im Dezember 2006^[1] machte auf vier Fälle aufmerksam, bei denen Bundesbeamte in Unternehmen oder Verbänden arbeiten. Die bisher bekannten Fälle werden im Folgenden aufgelistet.

→ zur *Übersicht* [Lobbyisten in Ministerien](#)

Inhaltsverzeichnis

1 Bundesbeamte beim BDI	2
2 Bundesbeamte bei BMW	2
3 Bundesbeamte bei DaimlerChrysler	2
4 Bundesbeamte bei Siemens	2
5 Weiterführende Informationen	3
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	3
7 Einzelnachweise	3

Bundesbeamte beim BDI

Beim BDI war ein Beamter aus dem Auswärtigen Amt im Rahmen des Austauschprogramms tätig. Der Zeitraum der Tätigkeit variiert von einem Monat bis zu mehreren Jahren. Ein Mitarbeiter des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung war für die Zeit von Juni 2006 bis Oktober 2007 dem BDI zugewiesen.^[1]

Bundesbeamte bei BMW

Im Jahr 2006 war ein Beschäftigter des Auswärtigen Amtes bei BMW. Der Zeitraum der Tätigkeit variierte von einem Monat bis zu mehreren Jahren.^[1]

Bundesbeamte bei DaimlerChrysler

DaimlerChrysler hat aktiv am Austauschprogramm mit der Bundesregierung und den Bundesministerien teilgenommen. 2006 war ein Beschäftigter des Auswärtigen Amtes bei DaimlerChrysler.^[1] Sein Wissen über politische und administrative Abläufe scheint sich für den Konzern ausgezahlt zu haben, denn er wurde anschließend in ein wohl besser vergütetes reguläres Beschäftigungsverhältnis bei Daimler übernommen.^[2]

Bundesbeamte bei Siemens

Im Jahr 2006 waren zwei Beschäftigte des Auswärtigen Amtes bei der Siemens AG. Der Zeitraum der Tätigkeit variierte von einem Monat bis zu mehreren Jahren.^[1]

Weiterführende Informationen

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ ^{1,01,11,21,31,4} [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf kleine Anfrage der Grünen-Fraktion zu "Mitarbeit von Beschäftigten von Verbänden und Wirtschaftsunternehmen in Bundesministerien und in nachgeordneten Bundesbehörden", Drucksache 16/3727, 04.12.2006
2. ↑ Adamek, Sascha/ Otto, Kim 2008: Der gekaufte Staat - Wie Konzernvertreter in deutschen Ministerien sich ihre Gesetze selbst schreiben. Köln: S.159f

Lobbyisten in Ministerien

Im Oktober 2006 wurde bekannt, dass in Bundes- und Landesministerien in großem Umfang MitarbeiterInnen von Unternehmen und Unternehmensverbänden arbeiten. Bezahlt wurden sie weiter von ihren eigentlichen Arbeitgebern, zumeist große Unternehmen und Wirtschaftsverbände. In den Ministerien aber stricken sie an den Gesetzen mit, die eigentlich ihre Firmen regulieren sollen. Sie werden in die Verwaltungsabläufe eingebunden und bekommen Einblick in interne Prozesse. So erhalten sie einen bevorzugten Zugang zur Politik und können auf diesem Wege gewonnene Informationen zum Vorteil ihrer Unternehmen nutzbar machen.

Prüfungen durch den Bundesrechnungshof ergaben, dass die Lobbyisten an Gesetzen mitwirkten und sogar in Führungspositionen arbeiteten. Im Juli 2008 trat eine neue Verwaltungsvorschrift in Kraft, die den Einsatz dieser sogenannten "externen Mitarbeiter" deutlich einschränkt. Allerdings gibt es bis heute Schlupflöcher und Defizite bei der Umsetzung der neuen Regeln.

Inhaltsverzeichnis

1 Das Problem	4
2 Die Kritik	4
3 Die politische Debatte und die neue Verwaltungsvorschrift	5
4 Forderungen von LobbyControl	6
5 Offizielle Berichte über den Einsatz externer Personen 2008-2015	7
6 Übersicht: Lobbyisten in den einzelnen Ministerien	9
7 Übersicht: Lobbyisten in Ministerien nach Branchen	10
8 Übersicht: Bundesbeamte im Austausch	10
9 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	10
10 Einzelnachweise	10

Das Problem

Lobbyisten in Ministerien



- [Überblick A-Z](#)
- [Problembeschreibung](#)

Das Fernsehmagazin Monitor deckte im Oktober 2006 auf, dass in Ministerien MitarbeiterInnen von Unternehmen und Unternehmensverbänden arbeiten und in der Regel von diesen weiter bezahlt werden. Über 100 Fälle sind inzwischen bekannt und in der Lobbypedia aufgelistet. Laut einer Prüfung des Bundesrechnungshofes waren externe Mitarbeiter an der Ausarbeitung von Gesetzesentwürfen beteiligt und nahmen zeitweilig sogar Führungsfunktionen wahr. Mehr als 60% von ihnen wurden dabei von ihrem Unternehmen oder Verband bezahlt. Sie wurden auch in Tätigkeitsfeldern eingesetzt, „die hinsichtlich ihrer politischen Bedeutung, ihres Zugangs zu internen Informationen oder ihrer Nähe zu den Interessenschwerpunkten der entsendenden Stelle eine herausgehobene Position hatten“.

Ein Teil der Fälle geht auf das Personalaustauschprogramm „Seitenwechsel“ der Bundesregierung zurück, ein Bestandteil des Regierungsprogramms „Moderner Staat – Moderne Verwaltung“. Dieses Regierungsprogramm wurde am 16. Juni 2004 verabschiedet. Erste Gespräche zu dem Austauschprogramm fanden im Frühjahr 2004 zwischen dem Bundesministerium des Innern und der Deutschen Bank statt.^[1]

Ziel des Vorhabens sei ein langfristiger Wissenstransfer, um einen Mentalitätswechsel in der Bundesverwaltung zu erreichen, so die wohlklingende Begründung der Bundesregierung. Tatsächlich hat diese Praxis lange im Verborgenen stattgefunden und ist an vielen Stellen hoch problematisch und demokratischädlich. Sie entpuppt sich als organisierte Verflechtung zwischen Bundesregierung, Unternehmen und (Wirtschafts)Verbänden.

→ zur [Übersicht Lobbyisten in den einzelnen Ministerien](#)

→ zur [Übersicht Lobbyisten in Ministerien nach Branche](#)

Die Kritik

Das erste offensichtliche Problem ist der Mangel an Transparenz. Erst durch intensive Recherche konnte Monitor ans Licht bringen, dass und in welchem Umfang externe Mitarbeiter in Ministerien tätig waren oder sind, während sie weiterhin von ihrem eigentlichen Arbeitgeber bezahlt werden. Fortgesetzte Nachforschungen von Monitor und anderen Medien brachten dann immer mehr Fälle zu Tage, deren Existenz die Bundesregierung nur zögerlich einräumte. Bis heute fehlen detaillierte Angaben darüber, welche Mitarbeiter aus welchen Unternehmen in der Vergangenheit zu welchen Themen tätig waren.

Doch Transparenz allein genügt nicht. Selbst wenn es eine vollständige Übersicht über externe Mitarbeiter in Ministerien gäbe, bliebe die Praxis demokratischädlich.

Werden Ministeriums-Mitarbeiter von Unternehmen bezahlt, werden sie zu Dienern zweier Herren. Damit wird der Grundgedanke des Grundgesetzartikels 33 unterlaufen, der festschreibt, dass Staatsdiener in einem Treueverhältnis zu ihrem Dienstherrn stehen sollen. Auf diese Weise wird die absurde Situation geschaffen, dass Mitarbeiter von Unternehmen und Verbänden direkt oder indirekt an den Gesetzen mitwirken, die eigentlich ihre Unternehmen regulieren sollen. Da wird sprichwörtlich der Bock zum Gärtner gemacht.

Aber es geht nicht nur um die direkte Einflussnahme auf Regierungsprozesse. Durch den Einblick in interne Abläufe, Kenntnisse vertraulicher Themen und das Knüpfen persönlicher Kontakte entstehen den entsendenden Unternehmen Vorteile, die weit über die konkrete Tätigkeit im Ministerium hinaus reichen. In diesen Genuss können, das liegt in der Natur der Sache, nur wenige kommen. Das sind – das macht auch der Überblick in unserer Datenbank deutlich – in erster Linie große Unternehmen und Wirtschaftsverbände.

Die politische Debatte und die neue Verwaltungsvorschrift

Den Enthüllungen durch Monitor folgte eine Zeit der Aufregung im Bundestag. Die Fraktionen von FDP (13.11.06), Bündnis 90/Die Grünen (04.12.06) und DIE LINKE (23.05.07) stellten kleine Anfragen an die Bundesregierung.^{[2][3][4]} Die Antworten ließen jedoch viele Fragen offen. Sie listeten die in den Ministerien vertretenen Unternehmen und Verbände auf, aber ohne genau darzustellen, wie viele und welche MitarbeiterInnen sie in den Ministerien sitzen hatten und über welche Zeiträume. Auch die Aufgabenfelder wurden nur sehr grob und kaum aussagekräftig beschrieben. Wer also genau in den Bundesministerien saß, ob an Gesetzesvorhaben mitgearbeitet oder Einfluss auf Verwaltungsaufgaben ausgeübt wurde, blieb weitgehend unklar. Ebenso ist nicht sicher, ob die Antworten der Bundesregierung wirklich alle Fälle erfassten.

Die Bundesregierung selbst sah zunächst keinen Handlungsbedarf. Die Stellungnahmen der Bundesregierung verneinten die Mitwirkung von Teilnehmern des Austauschprogramms an Gesetzestexten. Die Austausch-Mitarbeiter seien lediglich in unteren Verwaltungsebenen tätig. Durch die „Einbindung in die hierarchischen Strukturen und der dadurch vorhandenen Kontrollmechanismen“, sei eine „Einflussnahme auf Entscheidungen [...] ausgeschlossen“.^[3]

→ *Übersicht über Stellungnahmen von Regierung, Parteien und Experten 2006/2007*

Mittlerweile ist klar, dass externe Mitarbeiter sehr wohl an Gesetzesentwürfen und Regulierungen mitgearbeitet haben. Die Monitor-Redakteure Kim Otto und Sascha Adamek beschreiben in ihrem im Februar 2008 erschienenen Buch „Der gekaufte Staat“ exemplarisch wie in Ministerien Einfluss auf die Gesetzgebung genommen wurde.^[5]

Im April 2008 legte der Bundesrechnungshof seinen lange erwarteten Bericht zu der Problematik vor. Er warnte darin vor „erhöhten Risiken von Interessenkonflikten“. Der Haushaltsausschuss des Bundestages forderte daraufhin die Bundesregierung auf, bis Ende Mai klare Regeln für externen Mitarbeiter zu entwickeln. „Einsätze in Bereichen mit dem Risiko von Interessenskonflikten“ müssten ausgeschlossen werden.

Im Juni 2008 beschloss die Bundesregierung eine [Verwaltungsrichtlinie für externe Mitarbeiter](#), die im Juli veröffentlicht wurde. Danach werden „externe Mitarbeiter“ seitdem von der Formulierung von Gesetzesentwürfen und anderer Rechtssetzungsakte, der Tätigkeit in Leitungs- und Kontrollbereichen sowie der Auftragsvergabe ausgeschlossen. In einem Bericht sollen die Ministerien halbjährlich jeweils zum 30.9. und 31.3. dem Haushaltsausschuss die Anzahl der externen Mitarbeiter und die sie entsendenden Stellen nennen. Zudem müssen sie den jeweiligen konkreten Einsatzbereich der Externen, die Dauer, die Form der

Bezahlung sowie die vorherige Tätigkeit im entsendenden Unternehmen oder Verband berichten. Eine Veröffentlichung der Angaben über die Beschäftigung externer Mitarbeiter im Internet, wie es der Haushaltsausschuss des Bundestages angeregt hatte, erfolgt jedoch nicht. Die Öffentlichkeit bleibt somit offiziell von den Informationen ausgeschlossen. In der Praxis sind alle Berichte trotzdem bekannt geworden und in dieser Datenbank sind alle bekannten Fälle externer Mitarbeiter enthalten. Dennoch muss diese Transparenz-Verweigerung gegenüber der Öffentlichkeit beendet werden.

Die Verwaltungsvorschrift enthält zudem ein Schlupfloch: befristete Arbeitsverträge sind explizit aus dem Geltungsbereich der Richtlinie ausgenommen. Das bedeutet, dass Lobbyisten, die kurzfristig von den Behörden bezahlt werden, aber nach Ende ihrer Leihbeamten-Tätigkeit zu ihrem früheren Arbeitgeber zurückkehren, weiterhin an Gesetzen mitschreiben können. Die Regierung will auch an dem Austauschprogramm mit der Wirtschaft festhalten. Allerdings zeigen die Berichte, dass das Interesse der Unternehmen und Verbände deutlich zurückgegangen ist, seit sie nicht mehr direkt in den Bereichen eingesetzt werden können, die die Interessen der Unternehmen und Verbände berühren.

Am 7. April 2011 diskutierten die Abgeordneten im Bundestag einen [Antrag der SPD](#), die Verwaltungsvorschrift für externe Mitarbeiter zu verschärfen. Die SPD fordert, u.a. dass befristete Verträge mit erfasst werden, die Transparenzberichte des Innenministeriums im Internet zu veröffentlichen und in der Umsetzung die Obergrenze des Einsatzes externer Personen auf sechs Monate tatsächlich einzuhalten. Die Regierungsfractionen äußerten sich aber ablehnend, sodass der Antrag nicht angenommen wurde.^[6]

Die Große Koalition griff das Thema im [Koalitionsvertrag](#) vom 14. Dezember 2013 auf und versprach: "Wir erhöhen die Transparenz beim Einsatz externer Personen in der Verwaltung" (S. 106).

Am 3. April 2014 wurde im Haushaltsausschuss ein Beschluss gefällt, wonach externe Mitarbeiter nur noch im für den Wissenstransfer erforderlichen Umfang eingesetzt werden. Zugleich wurde die Bundesregierung aufgefordert zu prüfen, inwieweit Berichte über den Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung künftig der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden können.^[7]

→ *Ausführliche Darstellung der Verwaltungsvorschrift und ihrer Lücken unter [Rechtliche Grundlage \(Lobbyisten in Ministerien\)](#)*

Am 2. April 2014 hat der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages eine Umstellung des Berichtszeitraumes auf einen jährlichen Berichtszeitraum beschlossen. Die Bundesregierung berichtet nun jährlich jeweils zum 30. September über den Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung. Außerdem werden die Berichte auf der Internetseite des Bundesministeriums für Inneres (BMI) veröffentlicht.

Forderungen von LobbyControl

1. Lobbyisten raus aus den Ministerien!

Die Beschäftigung externer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Ministerien muss vollständig beendet werden. Die geltende Verwaltungsvorschrift ist ein großer Fortschritt, aber auch sie enthält Lücken und wird nicht konsequent umgesetzt. Am besten wäre es deshalb, externe Mitarbeiter ganz zu verbieten. Als Minimalvariante sollten zumindest befristete Verträge mit erfasst werden und die Regeln z.B. zur Begrenzung der Zeitdauer strikt umzusetzen.

2. Offenlegung aller Informationen!

Die Bundesregierung muss alle Informationen über die Mitarbeit von Lobbyisten in Ministerien lückenlos offenlegen. Dies gilt auch für die bisher unaufgeklärten Altfälle aus der Zeit vor der Verwaltungsvorschrift. Wann genau haben sie an welchen Themen gearbeitet? Haben sie an Gesetzen oder staatlichen Verordnungen mitgewirkt? Außerdem sollte der Bericht über externe Mitarbeiter der breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

3. Transparente und demokratische Wege zu externem Sachverstand!

Externer Sachverstand soll stattdessen auf demokratischem Weg eingeholt werden, z.B. über Anhörungen oder andere Beteiligungsverfahren, die einen gleichberechtigten und offenen Zugang aller gesellschaftlicher Interessen ermöglichen. Der Austausch zwischen Regierung und Gesellschaft ist sinnvoll, aber er kann nicht durch die einseitige Entsendung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus Unternehmen und (Wirtschafts) Verbänden in die Ministerien erfolgen.

Offizielle Berichte über den Einsatz externer Personen 2008–2015

- **Vierzehnter Bericht (2. Halbjahr 2014 und 1. Halbjahr 2015):** Die Anzahl externer Personen in der Bundesverwaltung ist deutlich zurückgegangen. Für den Zeitraum Juli 2014 bis Juni 2015 wurden lediglich 40 Personen gemeldet. In neun Fällen handelt es sich um Personalaustausch. Bei den gemeldeten Fällen wird die Einsatzdauer von 24 Monaten nicht überschritten. Bei der Mehrheit der neuen Fälle liegt die Einsatzdauer bei einem bis 12 Monate, die Dauer von 6 Monaten überwiegt. Der Bericht kann auf der website des BMI heruntergeladen werden [\[1\]](#)

- **Dreizehnter Bericht (1. Halbjahr 2014):** Gegenüber dem vorangegangenen Zeitraum ist die Zahl externer Personen in der Bundesverwaltung leicht gestiegen. Während im zweiten Halbjahre 2013 39 externe Personen in Bundesministerien beschäftigt waren, stieg deren Zahl auf 42 im ersten Halbjahr 2014. Erneut sank die Zahl der von Wirtschaftsunternehmen entsandten Personen auf nun 7 Stellen. Die Überschreitung der Einsatzdauer von 6 Monaten scheint unterdessen zur Regel zu werden. Wir dokumentieren alle Fälle in einer [Überblickstabelle](#) (pdf)
- **Zwölfter Bericht (2. Halbjahr 2013):** Wie im Elften Bericht sind weiterhin 39 externe Personen in der Bundesverwaltung zu verzeichnen. Die im Vorbericht angestiegenen Wirtschaftsunternehmen bei den entsendenden Stellen sind im aktuellen Bericht leicht rückläufig (von zehn auf neun Fälle). Weiterhin überschreitet die Dauer des Einsatzes sehr häufig die angesetzten 6 Monate. Wir dokumentieren alle Fälle in einer [Überblickstabelle](#) (pdf)
- **Elfter Bericht (1. Halbjahr 2013):** Der Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung ist im Vergleich zum Vorjahr erheblich gesunken: Waren im neunten Bericht noch 62 und im zehnten Bericht 48 Fälle ausgewiesen, ist die Zahl der externen Personen im ersten Halbjahr 2013 auf 39 gesunken. Allerdings ist bei den entsendenden Stellen ein Anstieg der Wirtschaftsunternehmen von fünf auf zehn Fälle zu verzeichnen. Wir dokumentieren alle Fälle in einer [Überblickstabelle](#) (pdf)
- **Zehnter Bericht (2. Halbjahr 2012):** Die Anzahl externer Mitarbeiter geht weiter zurück auf 48 Personen, davon zehn neu Eingesetzte. Die Dauer des Einsatzes überschreitet weiterhin sehr häufig die angesetzten 6 Monate. Wir dokumentieren alle Fälle in einer [Überblickstabelle](#) (pdf)
- **Neunter Bericht (1. Halbjahr 2012):** Der neunte Bericht zeigt, dass die Zahl externer Mitarbeiter leicht rückläufig ist. Von ehemals 72, sind mittlerweile nur noch 62 externe Mitarbeiter in der Bundesverwaltung beschäftigt. Davon stammen 10 aus Wirtschaftsunternehmen oder Wirtschaftsverbänden. Der bereits am 1.10.2009 eingestellte Mitarbeiter des [Bundesverbands der Deutschen Industrie \(BDI\)](#) bleibt auch weiterhin bis zum 30.09.2013 im Auswärtigen Amt beschäftigt. Darüber hinaus stellte das Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) einen neuen Mitarbeiter des [Vereins Deutscher Ingenieure e. V. \(VDI\)](#) ein. Dieser betreute bis zum 01. November 2012 den Nano-Truck des BMBF. Wir dokumentieren alle Fälle in einer [Überblickstabelle](#) (pdf)
- **Achter Bericht (2. Halbjahr 2011):** Der Bericht weist u.a. zwei Mitarbeiter des [Bundesverbands der Deutschen Industrie \(BDI\)](#) aus, die im Auswärtigen Amt und im Entwicklungsministerium eingesetzt werden. Der BDI-Mitarbeiter im Auswärtigen Amt soll sich mit folgenden Themen beschäftigen: "Investitionsgarantien, Organisation von Projekten der Außenwirtschaftsförderung und der strukturellen Verbesserung der Zusammenarbeit mit Wirtschaftsverbänden". Wir dokumentieren alle Fälle in einer [Überblickstabelle](#) (pdf)
- **Siebter Bericht (1. Halbjahr 2011):** Darin wird u.a. der Einsatz eines Referatsleiters des [Verbandes der Ersatzkassen](#) (vdek) dokumentiert: Er war bis Ende September im Gesundheitsministerium, wo er u. a. am Entwurf des Versorgungsgesetzes arbeitete. Insgesamt setzt sich der Trend fort, dass weniger "externe Mitarbeiter" aus Privatunternehmen, dafür aber mehr aus "bundesnahen" Einrichtungen kommen. Wir dokumentieren alle Fälle in einer [Übersichtsdatei](#) (pdf)
- Eine Übersicht über die **Berichte Vier bis Sechs** wurde bisher noch nicht angefertigt.

- **Dritter Bericht (01.02.2009 - 30.06.2009):** Das Innenministerium hat dem Bundestag den dritten Bericht über „Externe Mitarbeiter“ vorgelegt. Der Bericht zeigt, dass in den Ministerien nur noch wenige Mitarbeiter von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden tätig sind. Der Bericht ist eigentlich nicht für die Öffentlichkeit bestimmt, sondern nur für die zuständigen Ausschüsse des Bundestages und erfasst zudem nur einen Teil der externen Mitarbeiter in der Bundesverwaltung: Mitarbeiter mit befristeten Verträgen, Werkverträgen oder Beratungsverträgen werden weiterhin nicht offen gelegt. Wiederum sind Unregelmäßigkeiten festzustellen: So meldete die Bundesregierung zwei Fälle des Robert-Koch-Institut nach, die bis ins Jahr 2006 zurückgehen. Zudem wird die Verwaltungsvorschrift für externe Mitarbeiter nicht konsequent umgesetzt. Der vorgesehene Zeitraum von 6 Monaten für Externe wird auch bei den neuen Fällen meist überschritten. Eine detaillierte Auswertung können Sie im [LobbyControl-Blog](#) nachlesen. Hier finden Sie alle Fälle in einer [Überblickstabelle](#) (pdf)
- **Zweiter Bericht (01.09.2008-31.01.2009):** Das Innenministerium hat dem Bundestag den zweiten Bericht über die Beschäftigung „Externer Mitarbeiter“ in den Bundesministerien vorgelegt. Der Bericht zeigt, dass sich unser Einsatz gegen diese Praxis gelohnt hat: Zwar gibt es weiterhin von privaten Stellen entsandte Mitarbeiter/innen in den Ministerien. Doch ist ihre Zahl seit Inkrafttreten der Verwaltungsrichtlinie, die die Dauer und Einsatzbereiche einschränkt, zurück gegangen. Insbesondere Unternehmen und Wirtschaftsverbände scheinen das Interesse zu verlieren, seit sie nicht mehr an Gesetzen mitschreiben dürfen. Zugleich haben wir bei unserer Auswertung erneut Unregelmäßigkeiten festgestellt. So sind drei Fälle aus dem ersten Bericht von September 2008 in dem neuen Bericht nicht mehr zu finden, obwohl ihre Mitarbeit im Ministerium laut erstem Bericht im neuen Berichtszeitraum weiter lief. Umgekehrt wird im neuen Bericht ein Mitarbeiter des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt im Gesundheitsministerium gelistet, der schon im August 2008 dort tätig war und demnach im ersten Bericht hätte aufgeführt werden müssen. Unklar bleibt außerdem, ob nicht Schlupflöcher genutzt werden: Von der Regulierung und Berichtspflicht werden befristete Arbeitsverhältnisse und Beratungsverträge nicht erfasst. Mehr Details zu dem Bericht im [LobbyControl-Blog](#).
- **Erster Bericht (01.01.2008-31.08.2008):** Der erste Bericht zum Einsatz externer Mitarbeiter in Ministerien und Bundesbehörden der Bundesregierung liegt inzwischen vor. LobbyControl kritisiert, dass der Bericht nicht vollständig ist - was das Innenministerium inzwischen eingeräumt hat. Außerdem zeigt der Bericht, dass die Bundesregierung ihre im Juli in Kraft getretene neue Richtlinie zum Einsatz „externer Mitarbeiter“ nicht strikt umsetzt. In mehreren Fällen arbeiten Unternehmensvertreter weiterhin in Bereichen mit, die unmittelbar die Geschäftsinteressen ihrer Unternehmen betreffen, z.B. BASF im Bereich Anlagensicherheit, die DZ-Bank zu Finanzmarktfragen oder neu die Berliner Wasserbetriebe im Referat "Wasser; Energie; Stadtentwicklung" im Entwicklungsministerium. Mehr in einer [LobbyControl-Kurzanalyse](#). Eine Übersicht über die Fälle finden Sie hier in einer [Überblickstabelle](#).

Übersicht: Lobbyisten in den einzelnen Ministerien

→ zur [Übersichtsseite: Lobbyisten in Ministerien nach Ministerien](#)

→ im [Auswärtigen Amt](#)

→ im [Bundeskanzleramt](#)

→ im [Bundesministerium für Arbeit und Soziales](#)

→ im [Bundesministerium für Bildung und Forschung](#)

→ im [Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend](#)

→ im [Bundesministerium der Finanzen](#)

→ im [Bundesministerium für Gesundheit](#)

→ im [Bundesministerium des Innern](#)

- im Bundesministerium der Justiz
- im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
- im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
- im Bundesministerium für Verteidigung
- im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie
- im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
- im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung
- in obersten Bundesbehörden; genauer Einsatzort unbekannt

Übersicht: Lobbyisten in Ministerien nach Branchen

→ zur [Übersichtsseite: Lobbyisten in Ministerien nach Branchen](#)

- Chemie und Pharma
- Energie und Wasser
- Finanzen
- Gewerkschaften
- Kommunikation und Elektronik
- Soziales
- Stiftungen & Denkfabriken
- Unternehmensberatung
- Verkehr
- Versicherung
- Weitere Wirtschaftsverbände
- Weitere Dienstleister und Normung
- Sonstiges

Übersicht: Bundesbeamte im Austausch

Im Rahmen des Personalaustauschprogramms gibt es für Bundesbeamten die Möglichkeit in Unternehmen oder Verbänden zu arbeiten. Die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Grünen im Dezember 2006 machte auf vier Fälle aufmerksam, bei denen Bundesbeamte in Unternehmen oder Verbänden arbeiten. Die bisher bekannten Fälle werden auf der folgenden Seite aufgelistet.

→ zur [Übersichtsseite: Bundesbeamte im Austauschprogramm](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [[Datei:Hertie_2006_Abschlussbericht.pdf|Hertie School of Governance 2006: Personalaustauschprogramm Öffentliche Verwaltung und private Wirtschaft. Evaluationsbericht (pdf)]]

2. ↑ [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf kleine Anfrage der FDP-Fraktion zu "'Monitor' - Bericht über eine neue Art von Lobbyismus in Bundesministerien", Drucksache 16/3395, 13.11.2006. Abgerufen am 13. Juli 2011
3. ↑ ^{3,03,1} [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf kleine Anfrage der Grünen-Fraktion zu "Mitarbeit von Beschäftigten von Verbänden und Wirtschaftsunternehmen in Bundesministerien und in nachgeordneten Bundesbehörden", Drucksache 16/3727, 04.12.2006. Abgerufen am 13. Juli 2011
4. ↑ [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE zum Thema "Institutionalisierter Lobbyismus", Drucksache 16/5406, 23.05.2007. Abgerufen am 13. Juli 2011
5. ↑ Adamek, Sascha/ Otto, Kim (2008): Der gekaufte Staat. Wie Konzernvertreter in deutschen Ministerien sich ihre Gesetze selbst schreiben. Köln: Verlag Kiepenheuer & Witsch
6. ↑ siehe das [Protokoll der Sitzung](#) (pdf, TOP 6). Zu der Debatte über ein Lobbyregister gibt es eine [ausführliche Analyse im LobbyControl-Blog](#)
7. ↑ Vgl. Christina Deckwirth: "[Mehr Transparenz bei Leihbeamten. Haushaltsausschuss beschließt: Bundesregierung soll mehr Transparenz für externe Mitarbeiter in Ministerien schaffen](#)", in: LobbyControl.de (03.04.2014)

BDI

Weiterleitung nach:

- [Bundesverband der Deutschen Industrie](#)

BMW

Die **Bayerische Motoren Werke Aktiengesellschaft (BMW AG)** mit Sitz in München ist das Mutterunternehmen des BMW Konzerns (BMW Group). Im Konzern werden Autos (Marken: BMW, MINI und Rolls-Royce Motor Cars) sowie Motorräder produziert. Der weltweite Umsatz lag 2016 bei 94 Mrd. Euro; die Zahl der Mitarbeiter betrug ca. 124.000 ^[1]

Die BMW-Großaktionärsfamilie Quandt/Klatten gehört zu den größten Parteispendern in Deutschland. Der BMW Konzern stellte bis 2013 über viele Jahre den Parteien regelmäßig Dienstwagen zur Verfügung, die als Parteispenden ausgewiesen wurden. Seit 2013 sponsert der Konzern einzelne Veranstaltungen, wie die Parteitage von CDU, CSU und SPD. Mit der Umstellung von [Parteispenden](#) auf [Parteisponsoring](#) werden die Spenden für die Öffentlichkeit undurchsichtiger.

BMW	
Branche	Automobilwirtschaft
Hauptsitz	München
Lobbybüro Deutschland	Unter den Linden 42, 10117 Berlin
Lobbybüro EU	Boulevard de Waterloo 25, 1000 Brüssel
Webadresse	www.bmwgroup.com

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbytätigkeit	12
1.1 Lobbytätigkeit der deutschen Autoindustrie in Brüssel	12
1.2 Lobbyisten	13
1.3 Beziehungen zur CSU	13
1.4 Parteispenden	13
1.5 Parteisponsoring	14

2 Fallbeispiele und Kritik	14
2.1 Schwere Vorwürfe im Zusammenhang mit dem Lieferkettengesetz	14
2.2 Lobbyarbeit der deutschen Automobilindustrie gegen nationale und europäische Klimaregulierung	15
2.3 Europäische Forschungsvereinigung für Umwelt und Gesundheit im Transportsektor	15
2.4 Intervention des bayerischen Ministerpräsidenten Seehofer (CSU) zugunsten von BMW	16
3 Gesellschafterstruktur	16
4 Leitungsgremien	16
5 Mitgliedschaften	16
6 Stiftungen	16
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	17
8 Einzelnachweise	17

Lobbytätigkeit

Lobbytätigkeit der deutschen Autoindustrie in Brüssel

Die Autobauer nehmen über "Expertengruppen" und ihre Verbände direkten Einfluss auf die Gesetzgebung in Kommission und Parlament. ^[2] 2007 erhielt die VW-Tochter Porsche gemeinsam mit Daimler und BMW für eine gemeinsame Kampagne, deren Ziel die Verwässerung und Verzögerung von verpflichtenden CO2-Reduktionszielen war, den „Worst EU Lobbying“ Award. ^[3]

Lobbyausgaben, Lobbyist*innen und Zahl der Treffen mit der EU-Kommission

Unternehmen /Verband	Ausgaben für Lobbytätigkeit in Mio. Euro	Zahl der akkreditierten Lobbyist*innen	Zahl der Lobbyist*innen (Vollzeitäquivalent)	Zahl der Treffen mit der EU-Kommission
Volkswagen AG	3,13	4	19,25	81
Daimler	2,13	5	8,5	44
BMW	1,38	0	4,5	63
Verband der Automobilindustrie (VDA)	1,63	0	13	50
Summe	8,27	9	45,25	238

Quellen: ^{[4][5][6][7]} (Stand der Angaben: 09/2021)

Anmerkungen:

(1) Ausgaben für Lobbytätigkeit: Bei von-bis-Angaben wird der Mittelwert genannt. Die Lobbyausgaben werden pro Jahr angegeben: Volkswagen AG (2019), Daimler (2020), BMW (2020), VDA (2019).

(2) Lobbyist*innen: Im EU Transparenz-Register wird die Zahl der akkreditierten Lobbyist*innen und die Zahl der Lobbyist*innen (absolut und umgerechnet auf Vollzeitstellen) veröffentlicht. Die Anzahl der akkreditierten Lobbyist*innen entspricht hierbei denen, die einen Ausweis und somit Zugang zum EU-

*Parlament haben. Laut Erläuterungen bei [LobbyFacts](#) ist die Zahl der akkreditierten Lobbyist*innen eine exakte Größe, die aus Unterlagen des EU-Parlaments ermittelt wird. In ihr sind jedoch die nicht-akkreditierten Lobbyist*innen nicht enthalten. Die Zahl der Lobbyist*innen wird aufgrund der Angaben der betreffenden Organisationen ermittelt und ist nicht durchgehend genau, weil die Zahl der an der Lobbyarbeit beteiligten Personen oft nach unterschiedlichen Kriterien berechnet wird. Die Zahl der Lobbyist*innen kann deshalb nur näherungsweise angegeben werden.*

Entsprechende Angaben für Deutschland sind nicht zugänglich, weil es kein verpflichtendes [Lobbyregister](#) gibt. In den Koalitionsvertrag von Januar 2018 ist die Einrichtung eines Lobbyregister nicht auf Grund des Widerstands von CDU/CSU nicht eingegangen. Zur Bundestagswahl 2017 hatte LobbyControl eine Aktion gestartet: [Keine Regierung ohne Lobbyregulierung!](#).

Lobbyisten

- **Maximilian Schöberl** (CSU), Leiter Konzernkommunikation und Politik, ehem. Leiter der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der CSU in München^[8]
- **Frank Beust**, Leiter Konzernrepräsentanz Brüssel

Beziehungen zur CSU

- Der Cheflobbyist **Maximilian Schöberl** (CSU) war Leiter der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Münchner CSU
- Das Vorstandsmitglied Milagros Caina-Andree ist Mitglied des Geschäftsführenden Präsidiums des [Wirtschaftsbeirat Bayern](#) (auch Wirtschaftsbeirat der Union genannt), dem Interessenverband CSU-naher bayerischer Unternehmen^[9]

Parteispenden

BMW und die Eignerfamilie Quandt/Klatten gehören zu den größten Parteispendern in Deutschland. Seit dem Jahr 2000 spendeten der Konzern und die Eignerfamilie insgesamt 10.491.073,52 Euro an CDU, CSU, FDP, SPD und Grüne. Die Summe verteilte sich auf die Parteien wie folgt:

Empfänger	Betrag in Euro
CDU	4.725.343,54
CSU	1.899.269,23
FDP	2.023.786,42
SPD	1.347.213,55
Grüne	495.460,78

Die Spenden sind im Einzelnen über die [Parteispenden-Datenbank](#) recherchierbar.

Im Oktober 2013 spendete die Familie Quandt/Klatten insgesamt 690.000 Euro an die CDU und 210.000 Euro an die FDP.^[10] Obwohl die Spenden bereits im Frühjahr des Wahljahres 2013 versprochen worden waren, wurden sie erst nach der Bundestagswahl ausgezahlt - und damit auch erst nach der Wahl veröffentlicht.^[11] Eine öffentliche Diskussion über die Spenden während des Wahlkampfs wurde so vermieden. Die Spenden kamen fast gleichzeitig mit einer politischen Entscheidung über EU-Grenzwerte für den CO₂-Ausstoß von Autos. In den beiden auf die Skandalspende folgenden Jahren verzichtete die Familie Quandt/Klatten auf Parteispenden; in den Jahren 2016-2018 spendete sie insgesamt 704.801 € an CDU und FDP.

BMW stellte CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen zudem über viele Jahre einen Fuhrpark zur Verfügung. Dies geschah kostenlos und wurde jeweils als Parteispende ausgewiesen.^[12]

Parteisponsoring

Im Jahr 2013 änderte BMW sein Verfahren zur Parteienunterstützung und unterstützt seither „die gesellschaftspolitische Arbeit der Parteien durch einzelne themenbezogene Kooperationen“^[13]. So sponserte der Konzern 2014 u.a. die Parteitage von CDU, CSU und SPD, die Denkfabrik Sachsen (CDU), die Landesversammlung der CSU-Frauen-Union und der CSU-Mittelstands-Union sowie die Jubiläumsfeier "40 Jahre Seeheimer Kreis" (SPD). Da die Parteien weder die Herkunft noch die Höhe der Sponsoringausgaben in ihren Rechenschaftsberichten ausweisen müssen, wird die Höhe der Zuwendungen durch eine solche Umstellung von Parteispenden auf Parteisponsoring für die Öffentlichkeit undurchsichtig. Denn die Parteien müssen weder die Herkunft noch die genaue Höhe der Sponsoringausgaben in ihren Rechenschaftsberichten ausweisen.

Fallbeispiele und Kritik

Schwere Vorwürfe im Zusammenhang mit dem Lieferkettengesetz

BMW bezieht vom marokkanischen Rohstoffkonzern [Managem](#) Kobalt für seine Elektroautos. Es besteht der Verdacht, dass aus der Mine Bou Azzer (Marokko) große Mengen giftiges Arsen in die Umwelt gelangen. Dies ergaben Recherchen von NDR, WDR und Süddeutscher Zeitung gemeinsam mit [Reporterre](#) und [Hawamich](#) (Marokko). Außerdem soll der internationale Standard zum Schutz von Arbeitern nicht eingehalten und gegen kritische Gewerkschaften vorgegangen werden.

In Bou Azzer werden Erze gefördert, die neben Kobalt auch Arsenid enthalten. Kommt dieser Stoff mit Wasser in Kontakt, wird er zu hochgiftigem Arsen. Die Arsenkonzentration liegt in einem Flussbecken unterhalb der Mine bei 18 000 Mikrogramm/Liter, der Grenzwert der Weltgesundheitsorganisation (WHO) liegt bei 10 Mikrogramm/Liter. Das Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung/Wasseranalytik in Magdeburg untersuchte Wasserproben, die zehn Kilometer von der Mine entfernt genommen wurden und noch eine um das 40-fache erhöhte Arsen-Konzentration aufwiesen, wie "Die Tagesschau" berichtete.^[14]

Sollten sich diese Vorwürfe bestätigen, gerät BMW mit dem Lieferkettengesetz in Konflikt. Auch der formulierte Nachhaltigkeitsanspruch würde sich als unglaubwürdig erweisen. „Die BMW Group kauft Kobalt direkt bei Rohstoffproduzenten in Marokko und Australien ein (...). Somit stellen wir die Rückverfolgbarkeit (100 Prozent Mass Balance) des Kobalts sicher, und setzen uns bereits beim Abbau in der Mine für die Einhaltung von Umweltstandards und Menschenrechten ein.“^[15]

Des Weiteren wurden Verstöße gegen das Arbeitsrecht festgestellt.

- ungenügende Schutzausrüstungen
- keine Schulung oder Aufklärung über Risiken
- keine soziale Absicherung bei berufsbedingten Erkrankungen
- Verträge mit besonders kurzer Laufzeit

Der Zulieferer Managem weist für sich und seine Subunternehmen alle Vorwürfe, speziell auch die der Süddeutschen Zeitung, zurück. ^[16]

Ein BMW-Sprecher erklärte lt. "Tagesschau"^[17], man nehme die Vorwürfe ernst und werde eine umfassende Prüfung vornehmen.

Lobbyarbeit der deutschen Automobilindustrie gegen nationale und europäische Klimaregulierung

Einem Bericht des Thinktanks *InfluenceMap* zufolge, hat sich die deutsche Automobilindustrie mit Lobbyarbeit und „grünen“ PR-Kampagnen gegen Klimaregulierungen auf deutscher und europäischer Ebene eingesetzt. Den drei größten Autobauern, BMW, Volkswagen und Daimler sowie den Industrieverbänden, Verband der Automobilindustrie (VDA) und European Automobile Manufacturers Association (ACEA), stehe dabei ein jährliches Lobbybudget von 10 Millionen € zur Verfügung. Die Positionen von Unternehmen und Verbänden unterscheiden sich jedoch grundlegend, wie am Beispiel von VW deutlich wird. Während VW eine zunehmend aufgeschlossene Position im Bereich Klimaschutzregulierung vertrete, würden BMW, der VDA und der ACEA mit Lobbyarbeit versuchen, klimapolitisch wirksame Maßnahmen, wie Emissionsstandards oder einen Ausstieg des Verbrennungsmotors zu schwächen. ^[18] So hatte sich etwa der BMW-Vorstandsvorsitzende und gleichzeitiger Präsident des ACEA, Oliver Zipse, bei einem Treffen mit der EU-Verkehrskommissarin Adina Vălean gegen Vorschriften zur Abschaffung des Verbrennungsmotors ausgesprochen. ^[19] Diese Haltung widerspreche dem Inhalt von PR-Kampagnen, in denen BMW mit „nachhaltiger Mobilität“ wirbt, so die Kritik in dem Bericht. Auch der VDA hatte sich in einem Schreiben an den Vizepräsidenten der EU-Kommission, Frans Timmermans, ausdrücklich gegen ein Verbot von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor positioniert. ^[20] Insgesamt könnten sich vereinzelt positive Anstrengungen der deutschen Autobauer im Bereich Klimaschutz nicht durchsetzen, wenn sich die Industrieverbände des VDA und des ACEA, welche die Interessen der deutschen Autokonzerne vertreten, diesen entgegenwirken. ^{[21][22]}

Europäische Forschungsvereinigung für Umwelt und Gesundheit im Transportsektor

BMW war einer der Gründer des Lobbyvereins Europäische Forschungsvereinigung für Umwelt und Gesundheit im Transportsektor (EUGT), der fragwürdige Experimente in Auftrag gegeben hat, um die angebliche Unbedenklichkeit von Dieselaabgasen zu beweisen. ^[23]

Intervention des bayerischen Ministerpräsidenten Seehofer (CSU) zugunsten von BMW

Nach Recherchen der Süddeutschen Zeitung intervenierten Horst Seehofer (CSU) und die bayerische Staatskanzlei nach dem Bekanntwerden der Abgasaffäre wiederholt beim Bundeskanzleramt mit dem Ziel, BMW und andere deutsche Autobauer vor strengen EU-Abgasregelungen zu schützen.^[24] So habe die Staatskanzlei am 27. Oktober 2015 dem Kanzleramt ein Positionspapier mit der Bitte um „vertrauliche Behandlung“ geschickt, das unter Punkt drei „die wichtigsten Forderungen der BMW Group“ enthielt. Die EU-Staaten verständigten sich am 28. Oktober 2015 auf weniger strenge Abgasregeln als zuerst geplant. Was in Brüssel beschlossen wurde, entspricht laut SZ bis ins Detail dem, was BMW durchsetzen wollte. BMW erklärte gegenüber der SZ, nur das verlangt zu haben, was die ganze Branche gewollt habe und was technisch möglich sei.

Gesellschafterstruktur

Großaktionäre von BMW sind nach dem Tod von Johanna Quandt am 3. August 2015 deren Kinder Stefan Quandt mit knapp 26 Prozent und Susanne Klatten mit knapp 21 Prozent.^[25]

Leitungsgremien

Vorstand: Die Mitglieder des Vorstands sind [hier](#) abrufbar. Vorsitzender des Vorstands ist Harald Krüger. (Stand August 2017).

Aufsichtsrat: Die Mitglieder des Aufsichtsrats sind [hier](#) abrufbar. Mitglieder sind u.a.: [Norbert Reithofer](#) (Vorsitzender) sowie die Großaktionäre [Stefan Quandt](#) (Stellv. Vorsitzender) und [Susanne Klatten](#).

Mitgliedschaften

BMW ist Mitglied in den folgenden Organisationen:

- [Verband der Automobilindustrie](#) (VDA)
- [European Automobile Manufacturers Association](#) (ACEA)
- [Forum for the Automobile and Society](#)

Stiftungen

Die folgenden Stiftungen sind mit BMW und der Familie Quandt/Klatten vernetzt:

- [BMW Stiftung Herbert Quandt](#) (Stifter: BMW; Mitglied des Kuratoriums ist u. a. Stefan Quandt)
- [Johanna-Quandt-Stiftung](#) (Stifterin: Johanna Quandt; Mitglieder des Kuratoriums sind u.a. Stefan Quandt und Roland Tichy, Vorsitzender des Vorstands der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#) und Kuratoriumsmitglied der [Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung](#))
- [Herbert Quandt-Stiftung](#) (Stifterinnen: Altana AG/Susanne Klatten; Mitglied des Stiftungsrats ist u. a. Susanne Klatten)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Die BMW GROUP in Zahlen](#), bmwgroup.com, abgerufen am 31.07.2017
2. ↑ [Die Macht der deutschen Autolobby in Brüssel](#), lobbycontrol.de vom 21.09.2015, abgerufen am 15.10.2015
3. ↑ [Die Gewinner der Worst Eu Lobbying Awards sind...](#), lobbycontrol.de vom 04.12.2007, abgerufen am 27.07.2017
4. ↑ [Volkswagen Aktiengesellschaft](#), lobbyfacts.eu, abgerufen am 15.09.2021
5. ↑ [Daimler Aktiengesellschaft](#), lobbyfacts.eu, abgerufen am 15.09.2021
6. ↑ [Bayerische Motorenwerke Aktiengesellschaft](#), lobbyfacts.eu, abgerufen am 15.09.2021
7. ↑ [Verband der Automobilindustrie](#), lobbyfacts.eu, abgerufen am 15.09.2021
8. ↑ [Personal Profile](#), bmw-stiftung.de, abgerufen am 31.07.2017
9. ↑ [Präsidium](#), wbu.de, abgerufen am 01.08.2017
10. ↑ [Deutscher Bundestag Parteispenden](#), abgerufen am 15.05.2017
11. ↑ [„BMW hat Merkel im Sack“](#), Handelsblatt.de vom 15.10.2013, abgerufen am 15.05.2017
12. ↑ [Großzügige Autobauer](#) Süddeutsche.de vom 07.02.2011, abgerufen am 15.05.2017
13. ↑ [Rechenschaftsberichte: Wer finanzierte den Wahlkampf 2013?](#) lobbycontrol.de vom 29.03.2015, abgerufen am 13.02.2018
14. ↑ [Umweltstandards BMW Zulieferer](#) tagesschau.de vom 12.11.2023, abgerufen am 16.11.2023
15. ↑ [PDF Grundsatzerklärung](#) bmwgroup.com , abgerufen am 06.12.2023
16. ↑ [News](#), managemgroup.com vom 19.11.2023, abgerufen am 06.12.2023>
17. ↑ [Umweltstandards BMW Zulieferer](#) tagesschau.de vom 12.11.2023, abgerufen am 16.11.2023
18. ↑ [German Automakers and Climate Policy. German automakers dominate the fight to weaken climate regulation. An InfluenceMap Report, November 2021. S. 13f.](#)
19. ↑ ebd., S. 4
20. ↑ ebd., S. 13
21. ↑ [Deutsche Autobauer dominieren den Kampf gegen nationale und europäische Klimaregulierung](#) influencemap.org, abgerufen am 18.11.2021
22. ↑ [Thinktank: Deutsche Autobauer bremsen Verkehrswende aus](#) n-tv.de, vom 11.11.2021, abgerufen am 18.11.2021
23. ↑ [Bundesregierung muß Autolobby endlich besser kontrollieren](#), lobbycontrol.de vom 29.01.2018, abgerufen am 04.02.2018
24. ↑ [Wie Seehofer geplante Abgasregelung torpedierte](#), sueddeutsche.de 23.09.2016, abgerufen am 15.05.2017
25. ↑ [BMW Quandt-Kinder erben Anteile gemeinsam](#), Wirtschaftswoche online vom 11. August 2015, abgerufen am 15.05.2017

Mercedes-Benz

Mercedes-Benz Group

Die **Mercedes-Benz Group AG**, zuvor Daimler AG, ist einer der größten Automobilhersteller der Welt. Im Jahr 2021 hatte Mercedes-Benz einen Umsatz von 167,9 Mrd. EUR und beschäftigte 172.425 Mitarbeiter:innen.^[1] Ebenso wie andere Autokonzerne setzt Mercedes-Benz bei seiner Lobbyarbeit auf engen Kontakt zur Spitzenpolitik. Hierzu dienen Gespräche mit Mitgliedern der Bundesregierung, Staatssekretär:innen, EU-Kommissar:innen sowie Abgeordneten des Bundestags und des EU-Parlaments. Seit November 2013 ist [Eckart von Klaeden](#) (CDU) Cheflobbyist von Mercedes-Benz. Zuvor war er Staatsminister im [Bundeskanzleramt](#).

Mercedes-Benz Group	
Rechtsform	Aktiengesellschaft
Tätigkeitsbereich	Automobilbranche
Gründungsdatum	1998
Hauptsitz	Stuttgart
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	Rue Froissart 133, B-1040 Brüssel
Webadresse	group.mercedes-benz.com

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	18
1.1 Lobbyisten	19
1.2 Seitenwechsler	19
1.3 Mitgliedschaften	19
1.4 Lobbytätigkeit der deutschen Autoindustrie in Brüssel	20
1.5 Auf EU-Ebene relevante Mitgliedschaften	20
1.6 Parteispenden	21
2 Fallbeispiele und Kritik	22
2.1 Formelle und informelle Treffen	22
2.2 Lobbyarbeit der deutschen Automobilindustrie gegen nationale und europäische Klimaregulierung	22
2.3 Europäische Forschungsvereinigung für Umwelt und Gesundheit im Transportsektor	22
2.4 Lobbyisten bremsen geplante effektive Diesel-Abgastests aus	23
2.5 Schulmaterial und Aktionen mit Genius	23
2.6 Verdeckte PR: "Tramp a Benz"	23
2.7 BigBrotherAward	23
2.8 Lobbyist:innen in Ministerien	24
2.9 Bundesbeamt:innen bei DaimlerChrysler	24
3 Geschäftstätigkeit	25
4 Personal und Organisation	25
4.1 Vorstand	25
4.2 Aufsichtsrat	25
5 Anteilseigner	25
6 Geschichte	25
7 Weiterführende Informationen	25
8 Einzelnachweise	26

Lobbystrategien und Einfluss

Die deutsche Autolobby gehört zu den mächtigsten und einflussreichsten Lobby-Akteuren in Deutschland und besitzt besonders enge Kontakte zur Politik. Sinnbild dafür sind zahlreiche Seitenwechsler:innen, die aus vorherigen politischen Ämtern u.a. auch zu Mercedes Benz gewechselt sind, sowie Mercedes-Benz' Mitgliedschaften in zahlreichen Verbänden, wie beispielsweise dem Verband der Automobilindustrie (VDA).

Lobbyisten

- [Eckart von Klaeden](#), Vice President, Head of External Affairs, Vorstandsvorsitzender des [Forum Ebenhausen](#) (Freundeskreis der [Stiftung Wissenschaft und Politik](#)), von 10/2009 - 09/2013 Staatsminister bei der Bundeskanzlerin, ehem. Außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Mike Reichert, Director for Government Relations Berlin and European Affairs
- Holger Kraemer, Head of EU Affairs - Automotive

Seitenwechsler

- [Eckart von Klaeden](#) (CDU): Vom Staatsminister bei der Bundeskanzlerin zum Mercedes-Benz-Cheflobbyisten (2013)
- Martin Jäger (CDU): Vom Außenministerium zum Mercedes-Benz-Cheflobbyisten (2008), dann deutscher Botschafter in Afghanistan (2013), dann Wechsel zum [Bundesministerium der Finanzen](#) als Sprecher (2014), 10/2016 bis 2018 Staatssekretär Innenministerium Baden-Württemberg, März 2018 bis September 2021 [Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit](#)
- Dieter Spöri (SPD): Vom baden-württembergischen Wirtschaftsminister (bis 1996) zum Cheflobbyisten (1999-2008)
- Holger Kraemer (FDP): 2004 bis 2014 Mitglied des Europäischen Parlaments, seit 2019 Head of EU Affairs bei Mercedes-Benz
- Daniel Mack (Grüne): 2012 bis 2013 Abgeordneter des hessischen Landtags, seit dem 01.01.2020 Leiter der Verkehrs-, Umwelt- und Digitalpolitik im Berliner Büro von Mercedes-Benz

Quellen: [\[2\]](#)[\[3\]](#)[\[4\]](#)[\[5\]](#)[\[6\]](#)[\[7\]](#)

Mitgliedschaften

Darüber hinaus übt Mercedes-Benz über Mitgliedschaften in zahlreichen Interessengruppen Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse in Deutschland aus. So ist Mercedes-Benz unter anderem in folgenden Verbänden organisiert:

- AmCham American Chamber of Commerce in Germany e.V.
- [Atlantik-Brücke](#) e.V.
- Bundesverband Taxi und Mietwagen e.V.
- Deutscher Verkehrssicherheitsrat (DVR) e.V.
- Deutscher Wasserstoff- u. Brennstoffzellenverband (DWV) e.V.
- Deutsches Verkehrsforum e.V.
- Deutscher Feuerwehrverband e.V.
- econsense - Forum Nachhaltige Entwicklung der Deutschen Wirtschaft e.V.
- Frauen in die Aufsichtsräte e.V. (FidAR)
- International Chamber of Commerce Deutschland (ICC) e.V.
- Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft
- Transparency International Deutschland e.V.
- [VDA](#) Verband der Automobilindustrie e.V.
- VDMA Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e.V.
- [Wirtschaftsforum der SPD](#) e.V.

- [Wirtschaftsrat der CDU](#) e.V.
- [Adlerkreis](#) (Persönliche Mitgliedschaft des Leiters des Bereichs External Affairs im Rahmen der Unternehmensfunktion)
- [Collegium](#) (Persönliche Mitgliedschaft des Leiters des Bereiches External Affairs Berlin im Rahmen der Unternehmensfunktion)

Quelle: ^[8]

Lobbytätigkeit der deutschen Autoindustrie in Brüssel

Auch auf EU-Ebene nehmen die Autobauer über "Expertengruppen" und ihre Verbände direkten Einfluss auf die Gesetzgebung in Kommission und Parlament. ^[9] So erhielt die VW-Tochter Porsche 2007 gemeinsam mit [Daimler](#) und [BMW](#) für eine gemeinsame Kampagne, deren Ziel die Verwässerung und Verzögerung von verpflichtenden CO2-Reduktionszielen war, den „Worst EU Lobbying“ Award. ^[10]

Lobbyausgaben, Lobbyist:innen und Zahl der Treffen mit der EU-Kommission

Unternehmen /Verband	Ausgaben für Lobbytätigkeit in der EU in Mio. Euro	Zahl der akkreditierten Lobbyist:innen	Zahl der Lobbyist:innen (Vollzeitäquivalent)	Zahl der Treffen mit der EU-Kommission
Volkswagen AG	3,13	4	19,25	81
Mercedes-Benz	2,13	5	8,5	44
BMW	1,38	0	4,5	63
Verband der Automobilindustrie (VDA)	1,63	0	13	50
Summe	8,27	9	45,25	238

Quellen: ^{[11][12][13][14]} (Stand der Angaben: 09/2021)

Anmerkungen:

(1) Ausgaben für Lobbytätigkeit: Bei von-bis-Angaben wird der Mittelwert genannt. Die Lobbyausgaben werden pro Jahr angegeben: Volkswagen AG (2019), Mercedes-Benz (2020), BMW (2020), VDA (2019).

(2) Lobbyist:innen: Im [EU Transparenz-Register](#) wird die Zahl der akkreditierten Lobbyist*innen und die Zahl der Lobbyist:innen (absolut und umgerechnet auf Vollzeitstellen) veröffentlicht. Die Anzahl der akkreditierten Lobbyist:innen entspricht hierbei denen, die einen Ausweis und somit Zugang zum EU-Parlament haben. Laut Erläuterungen bei [LobbyFacts](#) ist die Zahl der akkreditierten Lobbyist:innen eine exakte Größe, die aus Unterlagen des EU-Parlaments ermittelt wird. In ihr sind jedoch die nicht-akkreditierten Lobbyist:innen nicht enthalten. Die Zahl der Lobbyist:innen wird aufgrund der Angaben der betreffenden Organisationen ermittelt und ist nicht durchgehend genau, weil die Zahl der an der Lobbyarbeit beteiligten Personen oft nach unterschiedlichen Kriterien berechnet wird. Die Zahl der Lobbyist:innen kann deshalb nur näherungsweise angegeben werden.

Auf EU-Ebene relevante Mitgliedschaften

Organisationen und Arbeitsgruppen der Europäischen Kommission: GEAR2030 Working Groups and Project Teams sowie WLTP, LDV RDE, 96/53 Directive („weights and dimensions for trucks“)

Verbände und Netzwerke:

- [European Automobile Manufacturers Association \(ACEA\)](#)
- [European Council for Automotive \(EUCAR\)](#)
- [Verband der Automobilindustrie \(VDA\)](#)
- [American Chamber of Commerce to the European Union \(AmCham EU\)](#)
- [BusinessEurope](#)
- [BDA](#)
- [BDI](#)
- [Transatlantic Policy Network \(TPN\)](#)

Quelle: ^[15]

Parteispenden

Mercedes-Benz gehört zu den größten Parteispendern in Deutschland. Seit dem Jahr 2000 spendete der Konzern insgesamt 7.443.471,98 Euro an CDU, CSU, FDP, SPD und Grüne. Die Spenden verteilen sich von 2009 bis 2018 wie folgt:

	CDU	CSU	SPD	FDP	Grüne	Summe
2009	150.000	40.000	150.000	45.000	40.000	425.000
2010	150.000	40.000	167.331,24	45.000	40.000	442.331,24
2011	150.000	45.000	150.000	45.000	45.000	435.000
2012	150.000	45.000	150.000	45.000	45.000	435.000
2013	100.000	40.000	100.000	40.000	40.000	320.000
2014	100.000	40.000	100.000	40.000	40.000	320.000
2015	100.000	40.000	100.000	40.000	40.000	320.000
2016	100.000	40.000	100.000	40.000	40.000	320.000
2017	100.000	40.000	100.000	40.000	40.000	320.000
2018	100.000	40.000	100.000	40.000	40.000	320.000
Summe	1.200.000	410.000	1.217.331,24	420.000	410.000	3.657.331,24
e	0	0	4	0	0	4

Die Spenden sind im Einzelnen über die [Parteispenden-Datenbank](#) recherchierbar.

Im April 2019 teilte der Konzern mit, 2019 keine Parteispendingen zu tätigen. ^[16] Die Entscheidung wurde von den Schatzmeistern der CSU ^[17] und der FDP ^[18] öffentlich scharf kritisiert. Der parlamentarische Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium Thomas Bareiß (CDU) nannte die Entscheidung "verantwortungslos, Demokratie gefährdend und dumm" ^[19] LobbyControl wies in der Debatte darauf hin, dass diese Entscheidung möglicherweise gar keinen Rückzug aus der Parteienfinanzierung bedeute, sondern lediglich eine Umstellung auf das intransparente [Parteisponsoring](#), die [BMW](#) und [Volkswagen](#) bereits vor Jahren vollzogen haben. ^[20]

Fallbeispiele und Kritik

Formelle und informelle Treffen

Für die Autolobby im Allgemeinen sowie auch für Mercedes-Benz im Speziellen sind zahlreiche Seitenwechsler:innen tätig, welche privilegierte Zugänge zu politischen Entscheidungsträger:innen besitzen. So traf sich zum Beispiel Eckart von Klaeden, wie eine Recherche von Abgeordnetenwatch und Zeit-Online nachweist, in der Legislaturperiode zwischen 2017 und 2021 77 Mal mit Bundesminister:innen und Staatssekretär:innen und belegt somit in einem Ranking der am eifrigsten lobbyierenden Seitenwechsler:innen im genannten Zeitraum den dritten Platz. ^{[21][22]} Thomas Bareiß, 2018 bis 2021 parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, lud für den 16.10.2019 neben weiteren Personen auch von Klaeden zu einem „weiteren kleinen und ungezwungenen Abendessen und Gedankenaustausch“ bei sich zu Hause „im vertraulichen und gleichgesinnten Rahmen“ ein. Den privaten Charakter des Treffens illustriert auch die für die Einladung gewählte Anrede „Liebe Kollegen und Freunde“. ^[23] Von Klaeden nahm an diesem Abendessen teil. ^[24]

Lobbyarbeit der deutschen Automobilindustrie gegen nationale und europäische Klimaregulierung

Einem Bericht des Thinktanks *InfluenceMap* zufolge, hat sich die deutsche Automobilindustrie mit Lobbyarbeit und „grünen“ PR-Kampagnen gegen Klimaregulierungen auf deutscher und europäischer Ebene eingesetzt. Den drei größten Autobauern, BMW, Volkswagen und Mercedes-Benz sowie den Industrieverbänden, Verband der Automobilindustrie (VDA) und European Automobile Manufacturers Association (ACEA), stehe dabei ein jährliches Lobbybudget von 10 Millionen € zur Verfügung. Die Positionen von Unternehmen und Verbänden unterscheiden sich jedoch grundlegend, wie am Beispiel von VW deutlich wird. Während VW eine zunehmend aufgeschlossene Position im Bereich Klimaschutzregulierung vertrete, würden BMW, der VDA und der ACEA mit Lobbyarbeit versuchen, klimapolitisch wirksame Maßnahmen, wie Emissionsstandards oder einen Ausstieg des Verbrennungsmotors zu schwächen. ^[25] So hatte sich etwa der BMW-Vorstandsvorsitzende und gleichzeitiger Präsident des ACEA, Oliver Zipse, bei einem Treffen mit der EU-Verkehrskommissarin Adina Vălean gegen Vorschriften zur Abschaffung des Verbrennungsmotors ausgesprochen. ^[26] Diese Haltung widerspreche dem Inhalt von PR-Kampagnen, in denen BMW mit „nachhaltiger Mobilität“ wirbt, so die Kritik in dem Bericht. Auch der VDA hatte sich in einem Schreiben an den Vizepräsidenten der EU-Kommission, Frans Timmermans, ausdrücklich gegen ein Verbot von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor positioniert. ^[27] Insgesamt könnten sich vereinzelt positive Anstrengungen der deutschen Autobauer im Bereich Klimaschutz nicht durchsetzen, wenn sich die Industrieverbände des VDA und des ACEA, welche die Interessen der deutschen Autokonzerne vertreten, diesen entgegenwirken. ^{[28][29]}

Europäische Forschungsvereinigung für Umwelt und Gesundheit im Transportsektor

Mercedes-Benz war einer der Gründer des Lobbyvereins Europäische Forschungsvereinigung für Umwelt und Gesundheit im Transportsektor (EUGT), der fragwürdige Experimente in Auftrag gegeben hat, um die angebliche Unbedenklichkeit von Dieselabgasen zu beweisen. ^[30]

Lobbyisten bremsen geplante effektive Diesel-Abgastests aus

Laut einem Bericht des „Spiegel“ haben sich Mercedes-Benz-Cheflobbyist [Eckart von Klaeden](#) und der damalige VDA-Präsident [Matthias Wissmann](#) im Frühjahr 2015 im Bundeskanzleramt erfolgreich gegen strenge Abgastest bei Diesel eingesetzt, die die EU-Kommission gefordert hatte.^[31] Diese wollte die Autos vor der Zulassung nicht mehr nur auf dem Prüfstand testen, sondern auf der Straße mit dem „Real Driving Emissions“ (RDE)-Messverfahren. In einer E-Mail vom 18. März 2015 an seinen alten Kollegen, den Leiter der Abteilung Wirtschaftspolitik im Bundeskanzleramt, warnte [Eckart von Klaeden](#): „Was zunächst wie eine untergeordnete technische Entscheidung klingt, kann enorme Konsequenzen für die Automobilindustrie im Hinblick auf die zukünftige Nutzung von Dieselmotoren haben“. Der Entwurf der Kommission könne nicht akzeptiert werden. Auch VDA-Präsident [Matthias Wissmann](#) schrieb eine E-Mail an Kanzleramtsminister Peter Altmaier („lieber Peter“) mit dem Ziel, das Regulierungsvorhaben der EU zu bremsen. Altmaier erhielt daraufhin von seinen Beamt:innen eine „Stellungnahme“, in der es hieß, man werde das Umweltministerium und das Verkehrsministerium „bitten“, bei der Sitzung in Brüssel „explizit die von VDA/Daimler geäußerte Befürchtung“ zu den Messverfahren „anzusprechen“ und das von Wissmann geforderte „realistische Gesamtkonzept“ bei den „weiteren Diskussionen berücksichtigen“. Innerhalb von 24 Stunden änderte die Bundesregierung ihre Haltung. In dem Vorschlag Deutschlands für die Sitzung des Technischen Ausschusses in Brüssel am 24. März 2015 war das konkrete Datum für die Einführung strenger Abgastests erst einmal verschwunden. Bei der eigentlichen Entscheidung im Herbst 2015 kam die Bundesregierung den Herstellern weit entgegen.

Quelle: ^[32]

Schulmaterial und Aktionen mit Genius

Mercedes-Benz ist mit seinem Bildungsprogramm [Genius](#) auch an Schulen aktiv. Es werden Schulmaterialien mit Präferenz für Individualverkehr und Auto verbreitet und Fahrtrainings (genannt "RoadSense") für Schüler zwischen 13 und 14 Jahren mit Mercedes Benz-Autos durchgeführt.^[33] Außerdem gibt es Workshop in der Ravensburger Kinderwelt.^[34] oder im Europa Park ^[35]

Verdeckte PR: "Tramp a Benz"

Im März 2011 sprach der deutsche PR-Rat eine Rüge gegen Mercedes-Benz, [Jung von Matt](#) und Stefan Gbureck aus, die sich auf deren verdeckte PR bezüglich der Internetaktion "Tramp a Benz" richtete. So wirkte der Blog nach außen als eine persönliche Aktion und es wurde nicht ersichtlich wer dahinter steckt. Der Blogger Stefan Gbureck stellte sich als einziger Urheber einer vermeintlichen Kunstaktion dar, jedoch wurde er von Mercedes-Benz beauftragt und finanziell unterstützt. Ebenso bei der Umsetzung unterstützt wurde der Blogger durch Jung von Matt, den eigentlichen Urheber.^[36]

BigBrotherAward

2011 erhielt Mercedes-Benz den Negativpreis BigBrotherAward von dem Verein Digitalcourage wegen der Forderung von Bluttests von Produktionsmitarbeitenden.^[37]

Lobbyist:innen in Ministerien

Mercedes-Benz hatte Mitarbeitende im Verkehrs-, Wirtschafts- und Außenministerium; in letztgenanntem war im Zuge des sog. **Austauschprogramms** auch ein Beamter des Außenministeriums bei dem Automobilhersteller, der ihn nach dieser Zeit direkt anstellte.

Lobbyist:innen im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Zeitraum	Unbekannte Einsatzdauer, mindestens zwischen 2001 und 2003. ^[38]
Mitarbeitende	Leiter der Abteilung Konzernstrategie-Verkehrspolitik bei DaimlerChrysler, Teilnehmer Austauschprogramm
Bearbeitete Themen	Zum Zeitpunkt der Vergabe des Milliardenauftrags für die LKW-Maut, bei dem DaimlerChrysler zum Bewerberkonsortium gehörte, hatte der Mitarbeiter einen eigenen Schreibtisch im Ministerium und Zugang zu vertraulichen Informationen, Referenten und dem Referatsleiter

Die Journalisten Sascha Adamek und Kim Otto beschreiben in ihrem Buch "Der gekaufte Staat" den Einsatz des von Dr.-ing. Heinrich Osterloh im Verkehrsministerium. Zentral ist dabei die Frage, ob er Einfluss auf die Vergabe des Auftrags für die LKW-Maut an das Konsortium aus DaimlerChrysler und Telekom namens "Toll Collect" hatte. Hierzu sind die Angaben widersprüchlich: Laut BMVBS hatte er Kontakt zum zuständigen Referatsleiter, wobei DaimlerChrysler dieser Aussage widerspricht. Bereits 2001 war Osterloh Mitarbeiter einer Monitoringgruppe des Bundesverkehrsministeriums, die im November 2001 eine Studie zum Thema Maut veröffentlichte und dem Ministerium empfahl, die Vernetzung der Verkehrsträger zu beschleunigen. Während seiner Zeit im Ministerium erhielt Toll Collect den Zuschlag, wobei andere Bieter benachteiligt wurden, wie Adamek und Otto mit Verweis auf auf das OLG Düsseldorf darstellen.

Lobbyist:innen im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

Zeitraum	Unbekannte Einsatzdauer ab 01.03.2006 bis spätestens Oktober 2007 ^[39]
Mitarbeitende	Holger Meinel, Daimler-Chrysler Manager und Teilnehmer am Austauschprogramm Seitenwechseleconomy: Seitenwechsel - Schreibtisch Tauschen , abgerufen 27.09.2011
Bearbeitete Themen	Mitarbeit im Grundsatzreferat der Innovations- und Technologiepolitik. Im Gegensatz zu anderen Lobbyist:innen äußert er sich öffentlich auf der Homepage der Bundesregierung über das Programm. In seinen Äußerungen wird klar, dass es darum gehe, "den Staat zu bewegen" und Politik zu machen. Der Artikel erklärt außerdem, das "Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vollständig in das Tagesgeschäft eingebunden werden" und "[...] in dieser Zeit von ihrer Heimatinstitution weiter ihr Gehalt [erhalten]". ^[40]

Bundesbeamte:innen bei DaimlerChrysler

2006 war ein Beschäftigter des Auswärtigen Amtes bei DaimlerChrysler.^[41] DaimlerChrysler hat aktiv am Austauschprogramm mit der Bundesregierung und den Bundesministerien teilgenommen, in dessen Zuge über 100 Konzernmitarbeitende teilweise über Jahre in Ministerien gearbeitet haben. Demgegenüber stehen lediglich zwölf Beamt:innen, einer davon bei DaimlerChrysler. Sein Wissen über politische und administrative Abläufe scheint sich für den Konzern ausgezahlt zu haben, denn er wurde anschließend in ein wohl besser vergütetes reguläres Beschäftigungsverhältnis bei Daimler übernommen.^[42]

Lobbyist:innen im Auswärtigen Amt

Zeitraum	Unbekannte Einsatzdauer zwischen 2002 und Oktober 2007 ^[43] ^[44]
Mitarbeiter	Teilnehmer Austauschprogramm
Bearbeitete Themen	k.A.

Geschäftstätigkeit

Die Geschäftsfelder der Mercedes-Benz-Group AG bestehen aus der [Mercedes-Benz AG](#) und der [Mercedes-Benz Mobility AG](#).

Personal und Organisation

Vorstand

Die Mitglieder des Vorstands sind [hier](#) abrufbar. Vorsitzender des Vorstands ist Ola Källenius

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat ist [hier](#) abrufbar. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats ist Bernd Pischetsrieder

Anteilseigner

Die größten Anteilseigner sind:

- chinesischer Investor Li Shufu (Tenaciou3 Prospect Investment Limited): 9,69 %
- Staatsfonds von Kuwait (Kuwait Investment Authority): 6,84%
- chinesische BAIC-Group (größter Einzelaktionär): 9,98%

Quelle: ^[45]

Geschichte

Die Vorgängerorganisation der Daimler AG war die 1926 gegründete Daimler-Benz Aktiengesellschaft. 1998 entstand durch die Fusion mit der US-amerikanischen Chrysler AG die DaimlerChrysler AG. 2007 trennte sich Daimler von Chrysler und benannte sich in Daimler AG um. Seit dem 01.02.2022 heißt der Konzern nach der Abspaltung des LKW-Geschäfts Mercedes-Benz Group AG. ^[46]

Weiterführende Informationen

[Schwarzbuch Autolobby 2 von Greenpeace, 15.04.2016](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [Geschäftsbericht 2021](#) group.mercedes-benz.com, abgerufen am 06.05.2022
2. ↑ [Schwarzbuch Autolobby](#), 2016, greenpeace.de, abgerufen am 28.07.2017
3. ↑ [Strobl verliert wichtigsten Mitarbeiter](#), FAZ vom 16.03.2018, abgerufen am 06.05.2022
4. ↑ [EU-Transparenzregister](#), abgerufen am 06.05.2022
5. ↑ [LinkedIn-Profil von Holger Kraemer](#), abgerufen am 06.05.2022
6. ↑ [Daniel Mack](#), abgeordnetenwatch.de, abgerufen am 10.05.2022
7. ↑ [Mack leitet Digitalpolitik bei Daimler](#), politik-kommunikation.de vom 24.02.2020, abgerufen am 10.05.2022
8. ↑ [Mercedes-Benz Group AG](#), lobbyregister.bundestag.de vom 07.04.2022, abgerufen am 30.05.2022
9. ↑ [Die Macht der deutschen Autolobby in Brüssel](#), lobbycontrol.de vom 21.09.2015, abgerufen am 15.10.2015
10. ↑ [Die Gewinner der Worst Eu Lobbying Awards sind...](#), lobbycontrol.de vom 04.12.2007, abgerufen am 27.07.2017
11. ↑ [Volkswagen Aktiengesellschaft](#), lobbyfacts.eu, abgerufen am 15.09.2021
12. ↑ [Daimler Aktiengesellschaft](#), lobbyfacts.eu, abgerufen am 15.09.2021
13. ↑ [Bayerische Motorenwerke Aktiengesellschaft](#), lobbyfacts.eu, abgerufen am 15.09.2021
14. ↑ [Verband der Automobilindustrie](#), lobbyfacts.eu, abgerufen am 15.09.2021
15. ↑ [EU Transparenz-Register](#), abgerufen am 06.08.2017
16. ↑ [Daimler streicht Parteispenden](#) Manager Magazin vom 21.4.2019
17. ↑ [„Daimler leistet einen Beitrag zur Schwächung der Demokratie“](#) Welt vom 24.4.2019
18. ↑ [Hermann-Otto Solms rügt Parteispenden-Stopp durch Daimler](#) Welt vom 25.4.2019
19. ↑ [CDU-Politiker nennt Daimler "verantwortungslos"](#) t-online.de vom 23.4.2019, abgerufen am 30.5.2022
20. ↑ [„Unternehmen betreiben politische Landschaftspflege“](#) Cicero vom 24.4.2019
21. ↑ [Wie Sigmar Gabriel für die Deutsche Bank lobbyierte](#) Zeit-Online vom 08.09.2021
22. ↑ [Sigmar Gabriel lobbyierte bei Merkel für die Deutsche Bank](#) abgeordnetenwatch.de vom 07.09.2021
23. ↑ [Einladung Abendessen PSt Thomas Bareiß 16.10.19](#) fragdenstaat.de abgerufen am 10.05.2022
24. ↑ [Wie Sigmar Gabriel für die Deutsche Bank lobbyierte](#) Zeit-Online vom 08.09.2021
25. ↑ https://influencemap.org/evoke/14054/file_proxy German Automakers and Climate Policy. German automakers dominate the fight to weaken climate regulation. An InfluenceMap Report, November 2021. S. 13f.
26. ↑ ebd., S. 4
27. ↑ ebd., S. 13
28. ↑ [Deutsche Autobauer dominieren den Kampf gegen nationale und europäische Klimaregulierung](#) influencemap.org, abgerufen am 18.11.2021
29. ↑ [Thinktank: Deutsche Autobauer bremsen Verkehrswende aus](#) n-tv.de, vom 11.11.2021, abgerufen am 18.11.2021
30. ↑ [Bundesregierung muß Autolobby endlich besser kontrollieren](#), lobbycontrol.de vom 29.01.2018, abgerufen am 04.02.2018
31. ↑ [Ex-Staatsminister beeinflusste Kanzleramt im Auftrag von Daimler](#), spiegel.de vom 04.08.2017
32. ↑ [Die dunkle Seite der Macht](#), Der Spiegel, 32/2017, S. 13 f.
33. ↑ [Seite RoadSense](#), group-media.mercedes-benz.com vom 12.07.2010, abgerufen am 06.05.2022
34. ↑ [Seite Ravensburger Kinderwelt](#), Stand: 2.09.2013
35. ↑ [Seite von Kooperationspartnern bei Daimler](#), Stand: 2.09.2013

36. ↑ [drpr Ratspruch 03/2011](#), abgerufen am 4.4.2017
37. ↑ [bigbrotherawards.de](#) Preisträger 2011, abgerufen am 09.05.2017
38. ↑ Adamek, Sascha/ Otto, Kim (2008): Der gekaufte Staat. Wie Konzernvertreter in deutschen Ministerien sich ihre Gesetze selbst schreiben. Köln: Verlag Kiepenheuer & Witsch, S. 147ff
39. ↑ Antwort des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie auf die Frage nach dem Einsatz von Beschäftigten aus Unternehmen und Verbänden im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie von Lobbycontrol vom 21.11.2007, Stand: 01.11.2007
40. ↑ Adamek, Sascha/ Otto, Kim (2008): Der gekaufte Staat. Wie Konzernvertreter in deutschen Ministerien sich ihre Gesetze selbst schreiben. Köln: Verlag Kiepenheuer & Witsch, S. 158
41. ↑ [Antwort der Bundesregierung \(pdf\) auf kleine Anfrage der Grünen-Fraktion zu "Mitarbeit von Beschäftigten von Verbänden und Wirtschaftsunternehmen in Bundesministerien und in nachgeordneten Bundesbehörden"](#) vom 04.12.2006, letzter Zugriff 09.09.2011
42. ↑ Adamek, Sascha/Otto, Kim (2008): Der gekaufte Staat. Wie Konzernvertreter in deutschen Ministerien sich ihre Gesetze selbst schreiben. Köln: Verlag Kiepenheuer & Witsch, S. 159 f.
43. ↑ [Antwort der Bundesregierung \(pdf\) auf kleine Anfrage der FDP-Fraktion zu "'Monitor'-Bericht über eine neue Art von Lobbyismus in Bundesministerien](#) vom 13.11.2006, letzter Zugriff 09.09.2011
44. ↑ Antwort des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie auf die Frage nach dem Einsatz von Beschäftigten aus Unternehmen und Verbänden im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie vom 21.11.2007, Stand: 01.11.2007
45. ↑ [Aktionäre der Mercedes-Benz Group AG im Überblick](#), group.mercedes-benz.com, abgerufen am 06.05.2022
46. ↑ [Aus Daimler wird Mercedes-Benz Group](#), tagesschau.de vom 01.02.2022, abgerufen am 10.05.2022

Siemens

Lobbyisten in Ministerien



- [Überblick A-Z](#)
- [Problembeschreibung](#)

Die Siemens AG ist die Muttergesellschaft eines in nahezu allen Ländern der Welt aktiven Technologiekonzern mit Fokus auf den Feldern Industrie, Infrastruktur, Mobilität und Gesundheit. Sie ist Mehrheitsaktionär von [Siemens Healthineers](#), einem weltweit führenden Anbieter von Medizintechnik, und hält eine Minderheitsbeteiligung an [Siemens Energy](#), einem weltweit führenden Unternehmen in der Energieübertragung und -erzeugung. Der Konzern betätigt sich in den folgenden Bereichen: Industrielles Geschäft (Digital Industries, Smart Infrastructure, Mobility und Siemens Healthineers) und Services (Siemens Financial Services, Siemens Real Estate, Global Business Services). Der Konzern erzielte 2023 einen Umsatz in Höhe von knapp 20 Mrd. Euro und beschäftigte rund 320 Tsd. Mitarbeiter.^[1]

Siemens

SIEMENS

Rechtsfor Aktiengesellschaft (AG)

m

Tätigkeit Technologiekonzern (Industrie,

sbereich Infrastruktur, Mobilität, Gesundheit)

Gründun 1847

gsdatum

Hauptsitz München, Berlin

Lobbybür

o

Lobbybür Avenue des Arts 20, Brüssel

o EU

Webadre www.Siemens.de

sse

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	28
1.1 Siemens AG	28
1.2 Weitere Siemens-Unternehmen	28
2 Fallbeispiele und Kritik	29
2.1 2011: Lobbyarbeit gegen eine EU-weite Finanztransaktionssteuer	29
3 Management und Aufsichtsrat	29
3.1 Vorstand	29
3.2 Aufsichtsrat	29
4 Mitgliedschaften (Auswahl)	29
5 Lobbyisten in Ministerien	30
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	31
7 Einzelnachweise	31

Lobbystrategien und Einfluss

Siemens AG

Die Aktivitäten zur Interessenvertretung beziehen sich insbesondere auf die folgenden Themen und Politikbereiche: Cyber Security und Digitalisierung, Dekarbonisierung und Klimaschutz, Energie, Forschung und Entwicklung sowie Innovation, Handelspolitik, Mobilität für Schiene und Straße, vernetzt und automatisiert.^[2] Die Gesamtverantwortung für Lobbyaktivitäten liegt beim Vorstand der Siemens AG, der die entsprechenden Aufgaben einer eigenen Abteilung „Government Affairs“ (GA) übertragen hat, die direkt an den Siemens Vorstandsvorsitzenden Roland Busch berichtet. Nach den Compliance-Grundsätzen und -verfahren müssen die Mitarbeiter stets die Gesetze und Vorschriften der Rechtssysteme einhalten, in denen sie tätig sind. Verwiesen wird auf die [Business Conduct Guidelines](#) und die Leitlinien für den [Wechsel von Mitarbeitern in und aus dem öffentlichen Dienst - sogenannter „Drehtür-Effekt“](#).

Im deutschen Lobbyregister gibt Siemens an (Stand: 13.02.2024), im Geschäftsjahr 2021/2022 1.140.001 bis 1.150.000 Euro für Lobbytätigkeiten auszugeben und 11 -20 Lobbyist:innen zu beschäftigen.^[3] Cheflobbyist ist Torsten Ende.

Laut [EU Transparenzregister](#) lagen die Lobbyausgaben der Siemens AG in Brüssel im Geschäftsjahr 2021 /2022 zwischen 2.750.000 - 2.999.999 Euro; 2023 wurden 13 Lobbyist:innen (Vollzeitäquivalent: 7,8) beschäftigt. Benedikt Kутtenkeuler ist Head of EU Government Affairs.

Weitere Siemens-Unternehmen

Weitere Siemens-Unternehmen mit eigenen Lobby-Aktivitäten sind:

- [Siemens Healthineers AG](#), ein globales Medizintechnikunternehmen, an dem der Siemens-Konzern ca. 75 % der Anteile hält
- [Siemens Mobility GmbH](#), ein eigenständig geführtes Unternehmen der Siemens AG

- [Siemens Energy Global GmbH & Co. KG](#), an der die Siemens AG mit ca. 35 % beteiligt ist.^[4] Zu den Aufsichtsratsmitgliedern gehören: Joe Käser (Aufsichtsratsvorsitzender der Siemens AG), Christine Bortenlänger (Geschäftsführende Vorständin des [Deutsches Aktieninstitut](#)), [Sigmar Gabriel](#) (ehem. SPD-Politiker, Bundesminister a.D.), [Hildegard Müller](#) (Präsidentin des [Verbands der Deutschen Automobilindustrie](#)), Veronika Grimm (Mitglied des [Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung](#), Mitglied im Nationalen Wasserstoffrat der Bundesregierung). LobbyControl kritisiert Grimm für einen potentiellen Interessenkonflikt.^[5]

Fallbeispiele und Kritik

2011: Lobbyarbeit gegen eine EU-weite Finanztransaktionssteuer

Als Reaktion auf die Finanzkrise 2008 legte die EU-Kommission 2011 einen Vorschlag für eine Richtlinie zur Einführung einer EU-weiten Finanztransaktionssteuer vor. Sie sah eine Besteuerung für den Kauf und Verkauf von Finanzprodukten vor, die je nach Produkt und Höhe der Transaktion zwischen 0,01 und 0,1 Prozent betragen sollte. Sie sollte dazu dienen, Anreize für Spekulationen zu senken und die Finanzinstitute an den Kosten der Finanzmarktkrise zu beteiligen.^[6]

Berechnungen des [Deutschen Aktien Instituts](#) zufolge (ein weiterer Akteur gegen die Finanztransaktionssteuer), hätte Siemens damit rechnen müssen, jährlich 100 Millionen Euro an zusätzlichen Steuern zu zahlen. Siemens stemmte sich unter Berufung auf diese Zahlen gegen eine Finanztransaktionssteuer.^{[7][8]} Im Zusammenspiel mit anderen Wirtschaftsverbänden und Finanzlobbygruppen ([Goldman Sachs](#), [Bundesverband Investment und Asset Management](#), [Bayer](#), etc.) wurden umfassend Zweifel gesät, wodurch der ursprüngliche Entwurf zunehmend durch Ausnahmen und Anpassungen verwässert wurde, bis das Projekt letztendlich im Sande verlief.^[9]

Andere Verbände, Institutionen und Finanzexpert:innen sehen überwiegend gesamtgesellschaftliche Vorteile in einer Finanztransaktionssteuer, da sie ein krisenfesteres Finanzsystem und hohe Steuereinnahmen verspricht.^{[10][11][12][13][14]}

Management und Aufsichtsrat

Vorstand

Die Mitglieder des Vorstands sind [hier](#) abrufbar. Vorstandsvorsitzender ist [Roland Busch](#)

Aufsichtsrat

Die Mitglieder des Aufsichtsrats sind [hier](#) abrufbar. Aufsichtsratsvorsitzender ist [Jim Hagemann Snabe](#)

Mitgliedschaften (Auswahl)

Siemens ist Mitglied in den folgenden Organisationen:

- [Adlerkreis](#)
- [AmCham Germany](#)
- [Association of the European Rail Supply Industry \(UNIFE\)](#)

- Atlantik-Brücke
- Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.
- BusinessEurope
- BITKOM
- Centre for European Policy Studies (CEPS)
- Collegium
- Deutsches Aktieninstitut
- DIGITALEUROPE
- European Round Table for Industry
- European Forum for Manufacturing
- European Policy Centre
- Energy Solutions
- EU40 Europe
- Friends of Europe
- Kerntechnik Deutschland
- Ostausschuss der Deutschen Wirtschaft
- Transatlantic Business Initiative
- Verband der Automobilindustrie (VDA)
- VDMA
- Wirtschaftsbeirat Bayern
- Wirtschaftsforum der SPD
- Wirtschaftsrat der CDU
- Verband der Elektro- und Digitalindustrie (ZVEI)
- Zentraler Immobilien Ausschuss (ZIA)

Lobbyisten in Ministerien

Im Zuge des von der Rot-Grünen Bundesregierung initiierten Austauschprogramms "Seitenwechsel" waren Mitarbeiter von Siemens als "Externe" in Außenministerium und Entwicklungsministerium beschäftigt.

Lobbyisten im Auswärtigen Amt

Zeitraum	Unbekannte Einsatzdauer zwischen 2002 und Oktober 2006 ^[15]
Mitarbeiter	Teilnehmer Austauschprogramm
Bearbeitete Themen	k.A.

Lobbyisten im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Zeitraum	Ein Jahr um 1998 ^[16]
Mitarbeiter	Ein/e MitarbeiterIn
Bearbeitete Themen	Einsatz in der (damaligen) Abteilung 3: Globale und sektorale Aufgaben; Europäische und multilaterale Entwicklungspolitik; Afrika; Naher Osten

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Zusammengefasster Lagebericht für das Geschäftsjahr 2023](#), siemens.com.de, abgerufen am 11.04.2024<
2. ↑ [Politisches Engagement bei Siemens](#), siemens.com, abgerufen am 12.04.2024
3. ↑ [Eintrag im Lobbyregister](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 12.03.2024
4. ↑ [Siemens Energy Aktionärsstruktur](#), finanzen.net, abgerufen am 13.03.2024
5. ↑ [Veronika Grimms Aufsichtsratsmandat bei Siemens Energy](#), lobbycontrol.de vom 21.02.2024, abgerufen am 21.02.2024
6. ↑ [Vorschlag für eine Richtlinie des Rates für die Umsetzung einer Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Finanztransaktionssteuer](#), eur-lex.europa.eu vom 14.02.2013, abgerufen am 31.10.2023
7. ↑ [Debatte um die Finanztransaktionssteuer](#), taz vom 01.08.2013, abgerufen am 20.11.2023
8. ↑ [CFOS massiv von Finanztransaktionssteuer betroffen](#), finance-magazin vom 14.05.2013, abgerufen am 20.11.2023
9. ↑ [Finanzlobby: Im Auftrag des Geldes](#). Finanzwende Recherche 2022, S.56 ff.
10. ↑ [Weltwirtschaft: 1000 Ökonomen wollen Finanzmarktsteuer](#), abgerufen am 16.11.2023
11. ↑ [Offener Brief führender Finanzexpert:innen](#), abgerufen am 16.11.2023
12. ↑ [Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung](#), abgerufen am 16.11.2023
13. ↑ ["Die Finanztransaktionssteuer muss kommen"](#), Euractive.de vom 16.07.2020, abgerufen am 16.11.2023
14. ↑ ["Die vernünftigste Steuer in diesen Zeiten"](#), Le Monde diplomatique vom 11.12.2014, abgerufen am 16.11.2023
15. ↑ [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf kleine Anfrage der FDP-Fraktion zu "'Monitor' - Bericht über eine neue Art von Lobbyismus in Bundesministerien" vom 13.11.2006, letzter Zugriff 09.09.2011
16. ↑ [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf kleine Anfrage der Linke-Fraktion zum Einsatz externer Mitarbeiter und Berater vom 10.06.2011, letzter Zugriff 28.09.2011